

Gesundheitsminister*innenkonferenz in Leipzig

Zigtausend Protestunterschriften und ein Pfeifkonzert für Jens Spahn

Die Beschäftigten haben die Überlastung durch einen skandalösen Personalmangel in den Krankenhäusern lange ertragen. Aber im vergangenen Jahr lief das Fass über.

Petra Stanius

Betroffene Kolleg*innen streikten. Bündnisse haben sich gebildet, in denen sich neben den Beschäftigten selbst auch gewerkschaftlich und politisch Aktive und weitere Interessierte engagieren.

Die erste gemeinsame Aktion dieser mittlerweile mehr als zwanzig Bündnisse war der „Olympische Brief“, der seit Januar 2019 von Krankenhaus zu Krankenhaus wanderte, und den am Ende zehntausende Beschäftigte von weit über 100 Krankenhäusern in 80 Städten und 14 Bundesländern unterschrieben haben. Dieser Brief, mit dem die Beschäftigten vor allem eine bedarfsgerechte Personalbemessung fordern, wurde am 5. Juni 2019 bei der Gesundheitsminister*innenkonferenz in Leipzig an Gesundheitsminister Spahn übergeben.

Anders als bei der vorausgegangenen Konferenz im Juni 2018 in Düsseldorf gab es diesmal keine Streiks mit einer entsprechenden mobilisierenden Wirkung für die Proteste. Dennoch kamen 2.500 Beschäftigte und Unterstützer*innen aus ganz Deutschland nach Leipzig, um mit der Gewerkschaft ver.di weiter Druck auf die Politik auszuüben.

Bei Temperaturen von über 30 Grad wären die Demonstration vom Leipziger Hauptbahnhof zum Tagungsort, dem Steigenberger Hotel, und die mehrstündige Kundgebung dort in praller Sonne ohne das von ver.di verteilte Mineralwasser kaum durchzuhalten gewesen. Aber die Demonstrant*innen vertraten ihr Anliegen sehr engagiert, die Stimmung war kämpferisch, die Beschäftigten offenkundig wütend.

Die Übergabe des „Olympischen Briefs“ verlief wie geplant: Jens Spahn und Sachsens Gesundheitsministerin Barbara Klepsch (CDU) liefen durch eine Gasse gebildet aus insgesamt 500 Meter langen Papierbahnen mit Unterschriften und Menschen, die Schilder mit dem Namen ihres Herkunftsortes oder ihres Krankenhauses hochhielten. Die Bahnen wurden dann schnell wieder eingerollt, um die Rollen dem Bundesgesundheitsminister in die Hand zu drücken: So viele auf einmal, bis er sie nicht mehr halten konnte.

Spahn wirkte durch die Aktion nicht irritiert. Er stellte sich den kritischen Fragen der Demonstrant*innen und ließ sich auch durch ihre Wut, durch Pfiffe und Buhrufe nicht aus der Ruhe bringen. Er zählte Maßnahmen auf, die er bereits auf den Weg gebracht habe, und forderte die Beschäftigten auf, nun auch ihren Teil zu den gewünschten Verbesserungen beizutragen. Für ihn ein guter Auftritt, der die Kolleg*innen allerdings erst recht wütend machte.

Seit der Konferenz in Düsseldorf wurden tatsächlich verschiedene Maßnahmen eingeleitet, um dem Pflegenotstand zu begegnen. So sind die Refinanzierung weiterer Stellen in der Pflege, Verbesserungen bei der Ausbildung oder eine höhere Bezahlung Schritte in die richtige Richtung.

Allerdings zeigt die Politik bislang keine Bereitschaft, das Grundproblem anzugehen: die Fallpauschalen, und mit ihnen der Zwang, dass mit der Gesundheit von Menschen Geld verdient werden muss.

Andere Neuerungen, die Minister Spahn auf den Weg gebracht hat, lösen bei den Beschäftigten gar Empörung aus:

In Psychiatrien, wo bislang keine Fallpauschalen gelten, soll ein vergleichbares System eingeführt werden.

Die neuen Personaluntergrenzen orientieren sich am mangelhaften Ist-Zustand und werden nicht zu einer besseren Personalausstattung führen. Im Gegenteil ist dort ein Stellenabbau zu befürchten, wo heute überdurchschnittlich viel Personal eingesetzt wird.

Sehr wütend sind die Kolleg*innen über die angebliche Notwendigkeit von Pflegekammern mit Zwangsmitgliedschaft. Die unfreiwilligen Beitragszahlungen sind nicht einmal das größte Ärgernis. Noch aufgebrachter sind sie über die Begründung des Bundesgesundheitsministers: Die Kammern seien notwendig, um die Qualität der Pflege zu sichern und die Pflegenden weiterzubilden, da sonst Schaden für die Allgemeinheit drohe. Bei den Pflegekräften kommt dies als Schuldzuweisung und als Geringschätzung ihrer Arbeit an.

Ihr Ärger rührt zudem daher, dass der Minister beständig dieselben Argumente wiederholt und Gegenargumente genauso beständig ignoriert. Zum Beispiel die Frage: Wo sollen denn die zusätzlichen Pflegekräfte herkommen, wenn es schon unmöglich ist, die derzeit freien Stellen zu besetzen?

Die Antworten darauf sind ihm scheinbar immer wieder neu:

Wenn die Arbeitsbedingungen besser wären, kämen viele gelernte Kräfte, die wegen der unerträglichen Überlastung gegangen sind, zurück. Es würden sich mehr junge Menschen für eine Ausbildung in der Pflege entscheiden. Die hohe Abbrecher*innenquote bei der Ausbildung würde sinken. Es würden mehr Beschäftigte in Vollzeit arbeiten (können).

Wenn Geflüchteten, die in der Pflege arbeiten (wollen), nicht unnötig Steine in den Weg gelegt und sie entsprechend ihrer Ausbildung eingesetzt würden, gäbe es auch mehr Fachkräfte.

Wenn profitable, aber überflüssige Behandlungen wegfallen würden, könnten die vorhandenen Kräfte eingesetzt werden für die Arbeit, die für das Wohl der Patient*innen wichtig ist.

Sie sehen ihre erkämpften Erfolge, aber auf den Arm nehmen lassen sich die Demonstrant*innen nicht. Spahn wurde kräftig ausgepiffen, seine Rede durch Buh-Rufe und Parolen unterbrochen wie „Pflegetotstand ist ein Verbrechen“ oder „Keine Profite mit unserer Gesundheit“.

Der „Olympische Brief“ war eine gelungene Aktion: Über das Sammeln und Überreichen der Unterschriften wurde eine Verbindung hergestellt zwischen Beschäftigten und ihren Unterstützer*innen; zwischen Kliniken ebenso wie zwischen Pflegebündnissen; über Stadt- und Landesgrenzen hinweg. Die Beteiligten haben gemeinsame Interessen erst erfahren und sie dann öffentlich demonstriert, genauso wie ihre gemeinsame Handlungsfähigkeit.

Es heißt nun, dranbleiben, bis die Forderungen erfüllt sind und Gesundheit keine Ware mehr ist.

Bericht von Petra Stanius vom Juni 2019

Siehe zum Hintergrund im LabourNet Germany: Branchen » Dienstleistungen, privat und Öffentlicher Dienst » Gesundheitswesen » Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen » Dossier: [Die Bündnisse im Kampf für mehr Personal im Krankenhaus haben sich vernetzt](#)